
Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 349 Postulat Heeb Jonas und Mit. über die Erhöhung der Ressourcen im Bereich des Contact-Tracings / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 349 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.
Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Das Postulat P 349, die Anfrage A 350 von Jonas Heeb über die Schutzmassnahmen für Kultur- und Gastronomiebetriebe sowie die Anfrage A 352 von Urban Sager über die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Kulturbetrieben bei der Bekämpfung des Corona-Virus werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 349 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung. Jonas Heeb hält an seinem Postulat fest.

Jonas Heeb ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Jonas Heeb: Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlange Diskussion. Ich spreche hier zum ganzen Paket. Ich danke für die Dringlicherklärung und die schnelle und umfassende Stellungnahme zum Postulat. Gerne anerkenne ich, dass man sich um ein funktionierendes Contact-Tracing bemüht, aber die Anliegen meines Postulats gehen darüber hinaus. Dass das Contact-Tracing das Coronavirus nicht auslöscht und nicht alle Probleme löst, ist natürlich klar. Jedoch kann man ein Contact-Tracing mit unterschiedlichen Ressourcen und Systemen handhaben. Je nach Weg kann das Contact-Tracing effizient wirken oder eben nicht. Ebenfalls klar ist, dass das Contact-Tracing ab einer gewissen Anzahl Fälle keinen Sinn mehr macht, wie es die Regierung in ihrer Stellungnahme auch schreibt. Dann sind andere, strengere Massnahmen notwendig, das zweifeln wir nicht an. Es geht auch nicht um einen unbegrenzten Ausbau des Contact-Tracings, sondern vielmehr um eine gewisse Aufstockung, eine breite Abstützung und allenfalls eine Umstrukturierung. In meinen Vorstößen geht es auch nicht darum, die Massnahme der Personenbegrenzung zu kritisieren. Jedoch ist diese Massnahme damit begründet worden, dass das Contact-Tracing an seine Grenzen stösse, und deshalb ist unserer Meinung nach dort anzusetzen, statt Massnahmen gegenüber der Branche zu erlassen, die seit Beginn der Pandemie mit Unsicherheiten zu kämpfen hat. Wir müssen einen Weg finden, mit dem Virus umzugehen, denn die aktuelle Situation wird sich wohl nicht so schnell erheblich bessern. Klar ist ebenfalls, dass eine Befristung der Massnahmen nicht garantiert werden kann, aber darum geht es auch nicht. Wenn eine Frist vorhanden ist, können die betroffenen Nachtkulturbetriebe weiterplanen. Sollte die Frist verlängert werden müssen, wogegen wir uns nicht stellen, besteht eine Absicherung für allfällige Ausfälle, welche aufgrund der

gemachten Planung der Betriebe erfolgt. Ohne eine solche Befristung ist die rechtliche Absicherung überhaupt nicht vorhanden, und das Planen von Veranstaltungen wird verunmöglicht. Ob die Veranstaltungen dann auch wirklich stattfinden können oder nicht, weiss natürlich niemand. Es geht hier aber auch nicht um die Durchführung, sondern um die Handlungsfähigkeit der betroffenen Betriebe. Im Sinn dieser Ausführungen halte ich an meinem Postulat fest und bitte Sie um Erheblicherklärung. Es ist für mich bedauerlich, dass offenbar im Bereich der Zusammenarbeit mit den Betroffenen wenig geschieht. So wirkt es zumindest, wenn ich die Antworten auf die beiden Anfragen lese. Es braucht Massnahmen und Regeln, und diese sind unbedingt einzuhalten, aber die betroffenen Personen sind adäquat mit einzubeziehen. Es gibt auch kleinere Betriebe, welche nicht im Tourismusbereich angesiedelt und ebenso auf Hilfe angewiesen sind. Es ist einmal mehr interessant, wie hier der Regierungsrat Prioritäten setzt, wenn es um Unterstützungsleistungen geht. Ebenso stutzig macht mich die Aussage, dass Nachkulturbetriebe nicht anspruchsberechtigt seien. Diese Trennung und Abstufung der Kulturinstitutionen ist ein Grund mehr, dass der Kanton sich unterstützend bei Ausfällen beteiligen sollte, gerade weil die Massnahme subsidiär erlassen wurde und der Kanton somit die Verantwortung dafür trägt.

Urban Sager: Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden und verlange Diskussion. Aus der Antwort der Regierung geht hervor, dass die IG Kultur in Bezug auf Kultur mittlerweile die Ansprechpartnerin für die Luzerner Regierung ist. Das ist im Sinn aller Beteiligten. Jonas Heeb hat es bereits gesagt: Es geht uns nicht darum, die getroffenen Massnahmen in irgendeiner Form zu kritisieren. Es geht darum, dass es entscheidend ist, den Dialog mit den betroffenen Personen zu führen. Die allermeisten Unternehmen und Unternehmerinnen verstehen, dass es Massnahmen gegen das Coronavirus braucht, und sie sind bereit mitzuhelfen. Wenn man sie vorab ins Boot holt und die Massnahmen mit ihnen bespricht und diskutiert, erhöht dies die Akzeptanz der getroffenen Massnahmen enorm. Schade ist es, wenn die IG Kultur zum Austauschtreffen der sogenannten Koordinationsgruppe vom 23. September 2020 nicht eingeladen wird. Wiederholt muss sich die Kulturbranche darum bemühen, dass man sie einbezieht. So sieht ein Dialog auf Augenhöhe nicht aus. Überhaupt ist die erweiterte Koordinationsgruppe bezüglich Kultur sehr irritierend besetzt. Die GastroLuzern, die City Vereinigung und der Detaillistenverband sind dabei, die Kultur wird durch die kantonale Kulturförderung vertreten. Das heisst, dass der Kanton in der Koordinationsgruppe mit sich selber über Kultur spricht. Dies macht keinen Sinn. Die IG Kultur gehört unbedingt in diese Koordinationsgruppe. Weiter lese ich: «Der Regierungsrat erachtet primär den Bund als zuständig für die Tragung von finanziellen Nachteilen im Zusammenhang mit dem Coronavirus.» Das haben wir immer wieder gehört und wurde zum Mantra unserer Regierung. Dies machte eine gewisse Zeit lang absolut Sinn, aber jetzt beschliesst der Kanton selber Massnahmen, und wieder soll jetzt der Bund für die Kosten dieser Massnahmen aufkommen. So funktioniert das nicht, denn hier gilt die Subsidiarität. Wer zahlt, befiehlt, sagt man. Ich sage, es ist auch umgekehrt: Wer befiehlt, zahlt auch. Jetzt befiehlt wieder der Kanton Luzern, das heisst, er sollte auch zahlen oder unterstützen. Dies kann nicht immer an den Bund abgeschoben werden. Es wird auch noch geschrieben: «Kantonale Lösungen führten zu uneinheitlichen und auch wettbewerbsverzerrenden Regelungen.» Wir stehen gerade in einer gigantischen gesundheitlichen, gesellschaftspolitischen und ökonomischen Krise. Auf der ganzen Welt greifen Staaten massiv in die Wirtschaftsfreiheit ein, und das müssen sie, um ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Sie beschliessen Milliardenpakete zur Unterstützung der Wirtschaft. Und hier wird von Wettbewerbsverzerrung gesprochen, wenn der Kanton Luzern für seine KMU die finanziellen Folgen ein bisschen lindern sollte, um Arbeitsplätze zu sichern. Das macht für mich keinen Sinn. Oder hat der Kulturwerkplatz in Ihren Augen keine Förderung verdient? In etlichen Vorstössen vor und während Corona hat die Regierung immer wieder geschrieben, wie wichtig ihr die Kulturbetriebe seien. Wenn es aber um konkrete Massnahmen geht, ist man nicht bereit, mehr zu tun, als Geld vom Bund weiterzuverteilen. Es ist mir nicht klar, warum dem Regierungsrat bis heute nicht bewusst ist,

wie wichtig die Kulturbranche ist und wie viele Arbeitsplätze und andere Branchen davon abhängig sind. Es geht darum, konkret etwas für den Wirtschaftszweig Kultur zu machen und nicht mehr länger zuzuschauen.

Angelina Spöri: Ich spreche zum ganzen Paket. Das Contact-Tracing ist eine sehr gute und wichtige Möglichkeit, allfällige Ansteckungsserde zu erkennen, zu erfassen und eine weitere Verbreitung des Virus zu verhindern. Das System ist aber auch sehr aufwendig und kommt irgendeinmal an seine Grenzen. Dies aber nicht, weil Ressourcen fehlen, hier wird nämlich die Kapazität laut Stellungnahme des Regierungsrates stetig ausgebaut. Der Aufwand des Contact-Tracings erhöht sich mit steigenden Fallzahlen exponentiell, und eine zuverlässige Rückverfolgung ist irgendeinmal kaum mehr lückelos möglich. Hier ist die vom Bund zur Verfügung gestellte App eine zusätzliche und äusserst hilfreiche Möglichkeit, wenn man sie denn auch nutzt. Aber es bleibt Tatsache: Das Contact-Tracing ist immer reaktiv, daher müssen weitere prophylaktische Massnahmen wie beispielsweise der Mindestabstand als Schutzmassnahme aufrechterhalten werden. Natürlich wäre es nicht nur aus ökonomischer Sicht wünschenswert, wenn wir das Enddatum der Corona-Krise wüssten. Das ist aber nicht möglich, und daher müssen weiterhin Bedingungen geschaffen werden, damit im Rahmen der Möglichkeiten die Planungssicherheit für Betriebe gewährleistet wird – dies allenfalls in der Form eines Wenn-dann-Szenarios wie bei der bereits eingeführten Möglichkeit der Sektorschaffung bei mehr als 100 Teilnehmenden. Die GLP begrüßt es in diesem Zusammenhang sehr, dass die Regierung für die Findung von nötigen und wichtigen Lösungsansätzen zum Beispiel die IG Kultur als optimale Vertretung der Kulturbetriebe regelmässig konsultiert und mit einbezieht. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat P 349 ab.

Urs Dickerhof: Fragen zur Kultur und Gastronomie werden oft gestellt. Man könnte meinen, dass es nur für die Kultur eine schwierige Zeit sei. Wahrscheinlich jammern die anderen Branchen einfach nicht laut genug. Wir Unternehmer schauen, dass die Betriebe offen bleiben und die Löhne zu 100 Prozent und pünktlich gezahlt werden können, und auch wir haben Probleme. Hier sollte niemand ausgeschlossen werden. Auch kann ich nicht erkennen, was für Nachtkulturbetriebe und Bars schwieriger sein soll als für Events von Schaustellern, Marktfahrern, Hotels, Reisebüros oder sonstigen Eventveranstaltern, angefangen bei grossen Sportveranstaltungen bis hin zu kleinen Festen. Was ist, wenn die schlechten Nachrichten wieder Überhand nehmen? Wir haben in Frankreich wieder über 20 geschlossene Schulen, in Andermatt wurden zwei Restaurants geschlossen, und das «Le Théâtre» in Emmen, welches Wert darauf legt, keine Gelder der öffentlichen Hand zu benötigen, musste seine Saison abschliessen. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, sind unsere Nachtkulturbetriebe und Bars wahrscheinlich unser kleinstes Problem. Wir alle leiden unter der Corona-Krise. Das Virus ist jedoch da und muss als Störfaktor akzeptiert werden. Es beschränkt vieles, was vor dem Ausbruch der Pandemie als normal angeschaut wurde. Man muss sich in diesen Veränderungen finden. Ganz spannend finde ich die Frage, ob der Regierungsrat Alternativen zum Contact-Tracing für denkbar halte. Haben Sie wirklich das Gefühl, dass unsere Exekutiven noch irgendetwas in der Hinterhand haben? Auch diese sind sich bewusst, was uns bevorsteht, man muss nur die Finanzplanungen ansehen. Wenn es eine Alternative gäbe, würde man diese schon lange einsetzen, und das Contact-Tracing wird ja bereits ausgebaut. Dies war alles schon vor den Vorstossen bekannt. Die SVP dankt der Regierung für die Beantwortung und wünscht allen Unternehmen viele kreative Gedanken, um die Pandemie gut zu überstehen, egal ob in der Kultur oder in der Wirtschaft. Es gibt keine Patentlösung. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat P 349 ab.

Fabrizio Misticoni: Ich spreche zum ganzen Paket. Am 15. Juli 2020 hat der Luzerner Regierungsrat aufgrund der akuten Pandemielage nur noch 100 Gäste in Club- und Barbetrieben zugelassen. In den folgenden Tagen erhielt ich zahlreiche verzweifelte Anrufe. Beispielsweise hat mir ein lokaler Eventbetreiber aus Sursee frustriert geschildert, wie er zahlreiche gebuchte Anlässe wie Hochzeiten oder Geburtstage immer mit einer Besucherzahl knapp über 100 Personen absagen musste. Das Schlimmste für den Organisator war nicht unbedingt die Absage, sondern dass er seinen Kunden, welche sich auf das Fest gefreut hatten, nicht sagen konnte, ob und wann dieses überhaupt stattfinden

könnte. Die Alternative wäre gewesen, einige Personen auszuladen, aber Sie können sich vorstellen, wie so etwas ankommen würde. Ich erwähne dieses Beispiel nicht, um über die 100er-Grenze zu debattieren, sondern um aufzuzeigen, was für Gastro-, Event- und Kulturbetriebe das Schlimmste an dieser Situation ist. Es ist nämlich die fehlende Planungssicherheit. Man muss realistisch bleiben: Eine Befristung der Massnahme vom 15. Juli 2020 kann nicht garantiert oder prophezeit werden. Aus diesem Grund muss ein verbindlicher Fahrplan für weitere Massnahmen vorliegen. Ohne eine Befristung dieser Verfügung bestehen keine Rechtssicherheit und keine Absicherung für die Betriebe. Der Bundesratsentscheid vom 12. August 2020 ändert daran noch nichts. Der Anspruch der direkt oder indirekt von den Massnahmen betroffenen Selbständigerwerbenden gilt nur noch bis zum 16. September 2020. In der Antwort bin ich über eine Aussage gestolpert: «Allerdings sind Nachtkulturbetriebe (Night Clubs, Dancings oder Discotheken) nicht anspruchsberechtigt. Zeitgenössische Konzertlokale, wie etwa das Konzerthaus Schüür, sind aber grundsätzlich entschädigungsberechtigt, ebenso Clubs im Bereich der Live-Performances, also Konzertangebote.» Diese Unterscheidung stört mich. In der Antwort ist zu lesen, dass es zu keiner Wettbewerbsverzerrung kommen solle. Dieses Prinzip gilt hier aber offenbar nicht. Zum Postulat P 349: Die Limite von 100 Personen ist auch damit begründet worden, dass das Contact-Tracing an seine Grenzen käme. Ich habe das Gefühl, es müsste im Interesse der ganzen Wirtschaft sein, über einen Ausbau zumindest nachzudenken. Die Prüfung eines Ausbaus oder anderer Contact-Tracing-Varianten fänden wir sinnvoll. Ich danke für Ihre Zustimmung.

Hans Lipp: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat P 349 ab. Ich spreche zum ganzen Paket. Eine Erhöhung der Ressourcen im Bereich Contact-Tracing wurde in der Vergangenheit ständig vorgenommen. In der Sondersession im Juni 2020 hat sich unser Rat sehr stark mit Covid-19 und möglichen Massnahmen befasst. Die Krise ist schwerwiegend, das ist unbestritten. Es gibt enorme wirtschaftliche Verluste, insbesondere bei Kleinunternehmen, Kulturschaffenden, Sportveranstaltungen, Hotels, dem Gastgewerbe, der Reisebranche und dem Tourismus sowie bei Eventveranstaltungen, Vereinen usw. Wir sind immer noch auf der Marathonstrecke und müssen schauen, dass uns nicht der Atem ausgeht. Für viele Fragen und Themen ist primär der Bund zuständig. In der laufenden Session in Bern wird über die Bereiche der Kurzarbeitsentschädigung, der Weiterführung der Förderung der Kultur, der Weiterführung des Erwerbsersatzes für Selbständigerwerbende und weitere Unterstützungsbeiträge diskutiert und abgestimmt. Das Ziel von uns allen ist, einen zweiten Lockdown und damit einen noch grösseren Wirtschaftseinbruch zu verhindern. Es braucht die Anstrengungen aller, wir müssen aber auch den gesunden Menschenverstand einsetzen. Sicher braucht es in Romoos zum Teil andere Schutzmassnahmen als in der Stadt Luzern und in der Stadt Luzern wieder andere als in der Stadt Zürich. Vertrauen wir doch auf unsere Regierungsräte. Sie und die verschiedenen Departemente haben diese Angelegenheit sehr gut im Griff und bis jetzt die richtigen Weichen gestellt. Primär ist ja der Bund zuständig. Seien wir zuversichtlich, dass wir alle möglichst gesund und finanziell trotz allem einigermassen stabil aus dieser Krise kommen.

Patrick Hauser: Wenn man sich die drei Vorstösse zu Gemüte führt, könnte man zum Schluss kommen, dass nur die Kultur und insbesondere die Nachtkulturbranche von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sei. Weiter könnte man meinen, dass die Allgemeinverordnung der Luzerner Regierung darauf abziele, eben dieser Branche das Leben noch schwerer zu machen. Bei genauerem Studium der Allgemeinverordnung vom Juli 2020 stellt man aber fest, dass auch die Roadshow einer Schweizer Firma, die Jahrestagung, der Jodlerabend, die Geburtstagsfeier und das Hochzeitsfest davon betroffen sind. Dies sind aber mitnichten Veranstaltungen aus dem Bereich der Nachtkultur. Die Vorstösser stellen die Frage, weshalb die Verordnung kein Ablaufdatum beinhaltet. Hätte die Regierung ein solches Datum genannt, würden wir heute wahrscheinlich darüber diskutieren, ob das Datum zu früh oder zu spät angesetzt wurde. In ihrer Antwort führt die Regierung aus, dass auch hier für die Bestimmung des Endtermins das Verhältnismässigkeitsprinzip aus unserer Bundesverfassung zur Anwendung gelangen werde. Da unsere Regierung nicht

wieder eine Bewilligungspflicht für Anlässe einführen wollte, kann sie die Anzahl Veranstaltungen, welche im Kanton Luzern stattfinden, nicht beeinflussen. Um das Contact-Tracing – notabene mit zunehmenden Ressourcen – dennoch durchzuführen, musste eine Höchstzahl Teilnehmende pro Anlass festgelegt werden. Zusammen mit griffigen und praktikablen Schutzkonzepten, welche für verschiedene Branchen erstellt wurden, bildet das Contact-Tracing nach Meinung der Experten die Basis für eine Verlangsamung der Verbreitung von Covid-19. Das aktuell für die Gastronomie gültige Schutzkonzept, an dessen Erarbeitung ich seit dem 23. April 2020 massgeblich beteiligt war, erforderte eine enge Zusammenarbeit verschiedenster Akteure wie Swiss Catering Association, GastroSuisse, HotellerieSuisse, Unia, BAG und weitere. Das Konzept schützt sowohl Gäste wie auch Mitarbeitende im ganzen Gastgewerbe. Aufgrund dieser Ausführungen danke ich der Regierung im Namen der FDP für die Beantwortung der beiden Anfragen. Das Postulat P 349 wird die FDP-Fraktion ablehnen, da es eigentlich schon erfüllt ist.

Marcel Budmiger: Einige Vorredner haben behauptet, die Kulturbranche sei einfach am Jammern, und die anderen Unternehmen würden vergessen gehen. Von Urban Sager wurde ein Postulat dringlich eingereicht, welches sich nicht nur auf die Kulturbranche, sondern auf alle Branchen bezog und die Diskussion von Kompensationsmassnahmen forderte. Dieses wurde aber nicht dringlich erklärt, und das verstehe ich nicht. Man kann uns nicht vorwerfen, wir würden uns nur für gewisse Branchen einsetzen, die uns besonders nahestehen, sondern wir wollten Schutzmassnahmen für alle Betriebe im Kanton Luzern. Ich spreche zum Postulat P 349: Eine Corona-Müdigkeit geht herum. Die Menschen möchten möglichst selten Schutzmasken tragen müssen, der Abstand wird immer kleiner. Die einzige nicht umstrittene Massnahme, die mit vernünftigem Aufwand umzusetzen ist, ohne dass jemand eingeschränkt wird, ist das Contact-Tracing. Ist es nicht günstiger, beim Contact-Tracing aufzustocken, statt Läden zu schliessen, einen Lockdown zu verordnen oder Veranstaltungen einzuschränken? Setzen wir doch auf diese einfache, günstige Massnahme. Der Bund, Experten und die Suva kritisieren die Kantone für ihre Umsetzung des Contact-Tracings. Zum Teil wird nicht einmal gefragt, wo man sich hätte anstecken können, sondern nur, mit wem man Kontakt gehabt habe. Es gibt Verbesserungspotenzial. Wenn die Regierung für das Postulat P 349 nicht einmal die teilweise Erheblicherklärung beantragt, frage ich mich schon, wie ernst es der Regierung mit der Umsetzung des Contact-Tracings ist. Wir sind noch weit vom Kollaps dieses Systems entfernt, und das Contact-Tracing macht im Kanton Luzern noch Sinn. Wir möchten, dass die Regierung dieses entschlossen umsetzt. Noch zur Planungssicherheit: Eine gesonderte Sicht für die Nachkulturbetriebe würde Sinn machen, genauso wie ein Datum in der Verordnung.

Melanie Setz Isenegger: Ja, es gibt keine Patentlösung, wie man die Schutzmassnahmen verbessern könnte, das ist aber bei jeglichen Betrieben der Fall, nicht nur in der Kultur. Medizinische und epidemiologische Forschung ist keine Zauberei, sondern man ist dabei auf Fakten und Zahlen angewiesen. Diese werden von der Politik gebraucht, um Schutzmassnahmen festlegen zu können. Dies fehlt mir in der Diskussion. Das Contact-Tracing ist das eine, wir brauchen aber auch eine extrem gute Testung. Wir müssen unbedingt wissen, wer sich wo ansteckt, wo die Ansteckungsgefahr am grössten ist und wie der Verlauf bei den verschiedenen Patientinnen und Patienten ist. Steckt man sich zum Beispiel als Kind in einer Familie an? Oder stecken die Kinder die Eltern an? Welche Schutzmassnahmen wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind, müssen wir herausfinden. Jetzt aber einfach zu warten und den Betroffenen zu sagen, sich besser nicht testen zu lassen, weil man sonst vielleicht in Quarantäne müsste, ist nicht zielführend für eine gute Datenbasis. Wir müssen wissen, wie sich das Virus weiterentwickelt und wo die Ansteckungen geschehen. Wir haben den Anspruch, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Es geht dabei aber nicht nur darum, Schutzmassnahmen und Schutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Wir müssen mehr über das Verhalten des Virus erfahren und Fakten schaffen. Dazu gehören das Contact-Tracing, aber auch das Testen. Die Digitalisierung ist weit fortgeschritten, vielleicht könnte diese ja helfen. Es sind wohl nicht nur

personelle Ressourcen, die gebraucht werden. Investieren wir jetzt in diese Massnahmen, damit wir bald wissen, welche Schutzmassnahmen etwas bringen und ineffektive wieder abschaffen können.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Eine kurze Vorbemerkung: Was sind die Ziele der Regierung? Wir wollen möglichst tiefe Ansteckungszahlen, welche aber allein noch nicht viel aussagen. Wir möchten unbedingt weitere soziale Einschränkungen verhindern. Wir wollen das Gesundheitswesen im Griff haben und vor allem auch für die Wirtschaft Rahmenbedingungen schaffen, damit diese weiterarbeiten kann. Ich bin froh, dass wir offene Bars und Clubs haben. Dann wissen wir, wo die jungen Menschen sich bewegen. Was der Kanton Genf gemacht hat, unterstützen wir nicht. Dieser hat sein Problem nur in den Kanton Waadt oder in private Veranstaltungen verlagert. Die 100-Personen-Regelung – und hier sprechen wir von 100 Personen ohne Maske – funktioniert. Das merken wir auch bei anderen Kantonen. Die Clubs entwickeln sich. Die «Schüür» hat bereits drei Sektoren von je 100 Personen gemacht, was gut funktioniert. Wenn die Clubs uns eine Maskenpflicht vorschlägen, könnten wir bis zu 1000 Personen in einen Club hineinlassen. Das Contact-Tracing ist keine Alternative. Es kann auch nicht beliebig ausgebaut werden, was nichts mit den Fallzahlen zu tun hat. Diese haben wir gut im Griff. Aber wir können das nicht beliebig ausbauen und das Feiern in Clubs für eine unbeschränkte Anzahl Personen zulassen. Wir haben hier das Problem, dass uns die Personen nicht mehr sagen, wo sie sind oder waren. Viele wissen es auch gar nicht mehr. Wir setzen SORMAS ein und waren einer der ersten Kantone, die hier vorwärtsgemacht haben. Die Ressourcen werden laufend ausgebaut. Aber das Contact-Tracing ist keine Alternative zu Massnahmen und Regeln. Weiter muss beachtet werden, dass das Contact-Tracing eine Massnahme ist, die erst greift, nachdem sich eine Person mit dem Virus angesteckt hat. Ziel des Contact-Tracings ist es, weitere Ansteckungen zu verhindern. Primär wollen wir jedoch eine Erstansteckung verhindern. Der in der Anfrage A 350 angesprochene Schaden für die Gastronomie- und Kulturbetriebe dürfte in einzelnen Betrieben unterschiedlich ausfallen. Der Bund hat die Kulturverordnung bis zum 20. September 2020 verlängert und ermöglicht eine Ausfallschädigung für Kulturschaffende und Kulturunternehmen. Schliesslich noch zur Befristung der Massnahmen: Wie lange dauert das Ganze noch? Ich kann es Ihnen nicht sagen. Sagen Sie mir, wie die Fallzahlen in den nächsten Tagen und Monaten aussehen werden und wie viele IPS-Betten wir brauchen. Wir haben auch keine Planungssicherheit und müssen die Massnahmen regelmässig prüfen und abwägen, ob sie noch notwendig sind oder angepasst werden müssen. Zurzeit ist die 100-Personen-Regel für Bars und Clubs angemessen und verhältnismässig. Wenn wir analysieren, wer das Virus hat, sind dies vor allem Personen der jungen und mittleren Generation. Wenn wir nicht mehr mitbekommen, wo sich die Leute aufhalten, werden wir Massnahmen für diese Gruppierungen ergreifen. Sollten weitere Massnahmen notwendig werden, werden wir die IG Kultur als Ansprechpartnerin für alle Betriebe integrieren und vorgängig anhören. Aber dies ist hoch anspruchsvoll. Wenn die IG Kultur sagt, sie vertrete alle Bars und Clubs, ist dies vielleicht auf dem Papier so, aber in der Wirklichkeit sieht dies anders aus. Der Dialog ist anspruchsvoll. Es wurde gesagt, dass das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement hier einen Branchenaustausch organisiert hat. Der nächste wird am 23. September 2020 sein. Dort ist die IG Kultur auch dabei. Es gibt drei Arten von Clubs und Bars. Es gibt die Clubs und Bars, die es gut machen, wie zum Beispiel die «Schüür». Dann gibt es die Bars und Clubs, die sich nicht an die Regeln halten, und diese werden verzeigt oder geschlossen. Das ist unsere Aufgabe. Es gibt auch noch weitere Clubs und Bars, die einfach bloss Geld wollen, der Rest interessiert sie nicht. Das akzeptiere ich nicht. Für mich ist Kultur nicht einfach der Verkauf von Alkohol. Vor allem akzeptiere ich dies nicht, wenn die Clubbetreiber nicht einmal in diesem Kanton wohnen, aber unser Geld erhalten wollen. Zum Postulat P 349: Jonas Heeb verlangt auf der einen Seite, dass die Ressourcen beim Contact-Tracing erhöht werden und dass andererseits die Personenbeschränkungen zeitlich befristet werden. Das geht nicht. Bis wir einen Impfstoff für das Virus haben, wird es wohl bis Ende 2021 dauern. Jetzt ist unsere

Durchhaltefähigkeit gefragt. Da nützt es nichts, wenn Sie einander kritisieren. Wir müssen gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und darum, das Postulat P 349 wegen Erfüllung abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat P 349 ab.